



**Liebe Kreistagsabgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser,**

die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine beschäftigen auch die Kommunen in Schleswig-Holstein in vielfältiger Weise: neben den Herausforderungen des Fluchtgeschehens werden auch auf kommunaler Ebene Vorbereitungen für einen Herbst und Winter getroffen, der von den Folgen einer Gasmangellage und steigenden Energiekosten geprägt sein wird.

Zwar dürfte die Versorgungssicherheit im Winter 2022/2023 voraussichtlich nicht gefährdet sein, ohne erhebliche Einsparungsanstrengungen wird es aber nicht gelingen, gut durch den Winter zu kommen. Die Kommunen haben sich im Energiegipfel vom 6.9.2022 nicht nur auf das 20-Prozent-Einsparungsziel im eigenen Bereich verpflichtet, sondern werden auch die kommunale Wärmewende aktiv angehen und mit eigenen Kofinanzierungsmitteln hinterlegen. Aufgrund der nicht absehbaren Folgen, insbesondere für die Sozialsysteme und die vielen Vereine, Verbände und sozialen Einrichtungen, war es wichtig, weitere Gespräche mit der Landesregierung mit dem Ziel der Sicherung der Leistungsfähigkeit der Kommunen, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eines fairen Lastenausgleichs zwischen allen staatlichen Ebenen zu vereinbaren.

Was die aktuelle Situation bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine und anderen Staaten betrifft, stellt der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt bei gleichzeitig hohen Zugangszahlen eine große Herausforderung dar. In Städten und Gemeinden sind kaum noch dezentrale Unterkünfte verfügbar. Die Kreise erwägen erneut den Aufbau eigener (Sammel-)Unterkünfte, was aber allenfalls kurzfristige zeitliche Entspannung bringen kann. Daher ist vor allem das Land gefordert: die Kapazitäten in den Landesaufnahmeeinrichtungen müssen ausgeschöpft und deutlich erhöht werden. Zudem muss die Zusage eines 10-tägigen Vorlaufs vor der Kreisverteilung dringend wieder eingehalten werden.

Herzlichst Ihr

Dr. Sönke E. Schulz

Inhalt

Editorial 1

Kommunaler Klimaschutz und
Mobilitätswende: Klausurtagung
des Vorstandes 2

„Politik ist eine Teamleistung“
Eindrücke vom „Tag der Parteien-
demokratie“ 3

Kurznachrichten 4

Termine 4

KOMMUNALER KLIMASCHUTZ UND MOBILITÄTSWENDE: KLAUSURTAGUNG DES VORSTANDES

VON DR. SÖNKE E. SCHULZ

Der Vorstand des Landkreistages hat sich im Rahmen einer Klausurtagung intensiv mit zwei großen Herausforderungen der kommenden Jahre befasst: der Mobilitätswende und dem kommunalen Klimaschutz.

In einem Austausch mit Verkehrs-Staatssekretär Tobias von der Heide wurde die doppelte Zielsetzung des ÖPNV betont: einerseits als wesentliches Element der Daseinsvorsorge und zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, andererseits als ein Beitrag zum Klimaschutz. Dieser doppelten Zielsetzung müssen alle Maßnahmen im ÖPNV dienen. Eine Analyse des Koalitionsvertrages sowie des 100-Tage-Programms der Landesregierung zeigt, dass noch vieles unkonkret ist, sodass der Landkreistag die Möglichkeit haben wird, seine Ideen und Anregungen einzubringen. Dies gilt vor allem für einen „Pakt für die Mobilitätswende“ und seine Ausgestaltung. Eine Mobilitätsgarantie – z. B. wie von der NAH-SH formuliert: jeder Ort in Schleswig-Holstein einmal pro Stunde erreichbar – kann angesichts der Ausgangssituation nur eine Vision sein, die nur mit neuen Instrumenten erreichbar sein wird. Die begrenzten finanziellen Ressourcen müssen eingesetzt werden, um das Angebot zielgerichtet auszubauen.

Und hinsichtlich der Finanzen muss klar sein: Bund und Länder sind hier in der Pflicht. Nachdem vor einigen Jahren noch alle Finanzierungsbeteiligten ca. 1/3 der Mittel beisteuerten, wird der kommunale Finanzierungsanteil bis ins Jahr 2024 auf 149 Mio. Euro anwachsen, während der Beitrag von Bund und Ländern weitgehend unverändert bleibt.

	2016	2020	2024
Landesmittel	28,006 Mio. €	33,006 Mio. €	40,722 Mio. €
Regionalisierungsmittel	29,307 Mio. €	38,595 Mio. €	41,450 Mio. €
Kommunale Mittel	30,706 Mio. €	81,610 Mio. €	> 149 Mio. €

Daher muss zunächst die Zusage des Koalitionsvertrages auf Bundesebene, die Regionalisierungsmittel aufzustocken, eingelöst werden. Die Mittel müssen dann vom Land nicht nur zu einem größeren Anteil als bisher für den Nahverkehr an die kommunalen Aufgabenträger weitergegeben, sondern auch dynamisiert werden. Wenn die Kommunen durch Umwidmung von Mitteln aus dem FAG (vormals: Konsolidierungshilfe) einen weiteren eigenen Beitrag zum Ausbau und zur Klimaneutralität des ÖPNV leisten, gilt diese Erwartung auch an das Land. So muss z. B. die Mitfinanzierung eines Nachfolgers des 9-Euro-Tickets mit zusätzlichen Landesmitteln erfolgen und darf nicht zu Lasten des erforderlichen Ausbaus des Angebots gehen. Der Landkreistag wird sich konstruktiv einbringen.



Ein Pakt bietet eine Chance für eine erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema, muss aber mit zielführenden Maßnahmen und den erforderlichen Mitteln hinterlegt werden.

Und auch im Bereich des kommunalen Klimaschutzes ist der Abschluss eines Paktes zwischen Land und Kommunen beabsichtigt. Der Vorstand bekräftigt auch hier die Bereitschaft, aktiv mitzuwirken und die Inhalte auszugestalten. Dazu muss neben der kommunalen Wärmeplanung – die mit den Verabredungen im Energiegipfel vom 6.9.2022 eine neue Dynamik bekommt – eine Definition der Rollen und Aufgaben aller Beteiligten erfolgen. So muss die im Koalitionsvertrag – und im Energiegipfel – beabsichtigte Stärkung der Beratung der vielen unterschiedlichen Beratungseinrichtungen einem abgestimmten Konzept folgen. Die Kreise sehen ihre Aufgabe nicht originär in der Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen, sondern als Multiplikator für den kreisangehörigen Bereich. Die begrenzten finanziellen, aber vor allem personellen Ressourcen für eine Energieberatung müssen zielgerichtet, z. B. bei der Verbraucherzentrale oder der Energieagentur eingesetzt werden. Die Kreise können insbesondere für den eigenen Bereich, aber auch, wie z. B. in Form einer Klimaschutzagentur, für den kreisangehörigen Bereich wirken. Diese Aufgabe muss in Form einer Grundfinanzierung so ausgestattet werden, damit sie verstetigt wird und Personal gehalten werden kann. Weitere Aufgaben sollten ebenfalls gesetzlich, verbunden mit Konnexität, übertragen werden. Der Vorstand war in der Gesamtbewertung nach einem Austausch mit Klimaschutz- und Energie-Staatssekretär Joschka Knuth sehr zuversichtlich, dass in einem Pakt ein guter Mittelweg zwischen Verpflichtung, Selbstverpflichtung und freiwilligen Aktivitäten der Kommunen definiert werden kann.

Dem Staatssekretär wurden aus dem Vorstand darüber hinaus zahlreiche weitere „Wünsche“ mitgegeben: so bleibt die (fehlende) Steuerung des Ausbaus der Freiflächen-Photovoltaik auf der Agenda (jedenfalls darf die Anpassung des Erlasses nicht bis Ende 2023 warten), die Anpassung der Regionalplanungen Wind muss zeitnah angegangen werden und die großen Infrastrukturvorhaben (Stromleitungen, aber vor allem auch LNG) haben ebenfalls erhebliche Rückwirkungen auf die Kreise.

POLITIK IST EINE TEAMLEISTUNG

EINDRÜCKE VOM TAG DER PARTEIENDEMOKRATIE

VON JASMIN MÖGELTÖNDER

Am 10. September fand im Landeshaus in Kiel unter Schirmherrschaft der parteinahen politischen Stiftungen, des Landesbeauftragten für politische Bildung und der kommunalen Spitzenverbände der Tag der Parteidemokratie statt. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2023 trafen in Kiel über 150 (Kommunal-) Politiker*innen, engagierte Bürger*innen, Vertreter*innen der Stiftungen und von zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen und diskutierten über die aktuellen Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Denn eines zeichnet sich schon seit längerem ab, es wird nicht einfacher, Menschen für ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen. Dies hat vielfältige Gründe. So stellte der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, gleich zur Eröffnung der Veranstaltung fest, dass die Parteienlandschaft sich in einer Krise befinde und dies sich auch und insbesondere in der Kommunalpolitik widerspiegele. „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um das Engagement vor Ort attraktiver zu machen“, so Meyer-Heidemann. Dies bestätigte sich unter anderem in der niedrigen und immer weiter sinkenden Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene und auf einer immer niedrigeren Parteizugehörigkeit unter den Kommunalpolitiker*innen (54% der Mandate entfallen derzeit auf Wählergemeinschaften). Hinzu kommt, dass es kaum gelinge, Nachwuchs für das Ehrenamt zu begeistern, und dass die bisher vorzufindenden Strukturen (z.B. lange Sitzungen bis in die Abendstunden) insbesondere für Frauen wenig attraktiv sind. Weitere Punkte, die ein Engagement auf kommunaler Ebene erschweren, sind, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, eine hinterherhinkende Digitalisierung, Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt und leider auch demokratiefeindliche Übergriffe. „Diejenigen, die Verantwortung tragen, haben unseren Dank und Respekt verdient“ so Jörg Bülow Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeindetages.

Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (unter anderem Starke Demokratie e.V. oder der LandesFrauenRat Schleswig - Holstein e.V.) gaben in der Workshopphase Hintergrundinfos und Input zu Themen wie „Digitale Gemeinde mit analoger Nähe“, „Kommunale Wählergruppen - eine Alternative zu Parteien“ oder „Hass und Gewalt auf kommunaler Ebene“, während betroffene Politiker*innen zum Teil sehr emotional von ihren Erfahrungen und ihrem Erlebten berichteten.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit den Landesvorsitzenden der Parteien wurden die Themen der Workshops wieder aufgegriffen und es wurde lebhaft unter den Vorsitzenden selber, wie auch im gesamten Plenum unter anderem darüber diskutiert, wie die immer weiter ansteigende Arbeitslast unter immer weniger bereitstehenden Schultern verteilt werden könne, ob eine höhere finanzielle Kompensation das Ehrenamt attraktiver machen würde, ob eine Ausweitung des Wahlrechts für mehr Inklusion und damit auch mit mehr Partizipation einhergehen würde oder ob eine Beibehaltung von Online oder Hybridsitzung mehr Menschen mit familiären Verpflichtungen dazu ermutigen würde, sich ehrenamtlich zu engagieren? Diese und noch viele andere Aspekte und Herausforderungen für kommunalpolitisches Engagement konnten auf dem Tag der Parteidemokratie vielleicht nicht abschließend geklärt werden, aber dieser Tag hat Menschen aus dem ganzen Land zusammengebracht und ein Forum zum Austausch und zur Vernetzung geboten.



Abschlussdiskussion mit den Landesvorsitzenden der Parteien

Quelle: Landesbeauftragter für politische Bildung SH

KURZNACHRICHTEN

Die EnergieOlympiade - Bewerbung noch bis zum 01.12. möglich

Noch bis zum 01. Dezember können sich Kommunen in Schleswig-Holstein zur diesjährigen EnergieOlympiade anmelden. Bewerbungen sind in vier Disziplinen möglich: „EnergieProjekt“ für kleine sowie große technische Maßnahmen oder Verhaltens- und Organisationsmaßnahmen, „MobilitätsProjekt“ für alle Ansätze klimaschonender Mobilität, „EnergieKonzept“ für vorbildliche neue Planungen und „EnergieHeld:in“ als Auszeichnung für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Verliehen wird der renommierte Landes-Energiepreis sowie ein Preisgeld von 100.000€.

Unter den bisher über 500 gesammelten Bewerbungen in der Projektdatenbank seit 2007 finden sich jede Menge Anregungen und Inspirationen für eigene neue Projekte. Die gemeinnützige Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH (EKSH) hofft daher auf zahlreiche weitere Beiträge, insbesondere da die Themen „Klima“ und „Energie“ an aktueller Relevanz kaum zu überbieten sind.

Die EnergieOlympiade der EKSH wird durch die Kommunalen Landesverbände, die Landesregierung, die Investitionsbank Schleswig-Holstein und das Frankfurter Klimabündnis unterstützt. Als Schirmherr fungiert Ministerpräsident Daniel Günther, der auch den Preis überreichen wird.

Bewerbungen können unter www.energieolympiade.de eingereicht werden.

TERMINE

➡ SEPTEMBER

Mo./Di. 19./20.09.

DLT Umwelt- und Planungsausschuss

Mi./Do. 21./22.09

DLT Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, Main-Taunus-Kreis

Mo./Di. 26./27.09.

DLT Verfassungs- und Europaausschuss

Di./Mi. 27./28.09

DLT Finanzausschuss, Landkreis Vorpommern-Rügen

Mi./Do. 28./29.09.

DLT Sozialausschuss, Landkreis Altenkirchen

➡ OKTOBER

Di./Mi. 04./05.10.

DLT Kulturausschuss, Kreis Offenbach

Do. 27.10.

Vorstand 6/2022, Kiel

Alle Termine für 2022 finden Sie unter:
www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/



Jetzt beraten lassen!
Besuchen Sie uns unter www.hansewerk.com/klimaschutz und finden Sie Ihren Ansprechpartner.

Partner für Klimaschutz

Ihre Partnerin für Wasserstoff

Partner fürs Klima gesucht?

Sie wollen etwas fürs Klima tun und dabei möglichst Ihre Kosten senken? Unsere Spezialisten haben die richtigen Lösungen für Ihr Unternehmen oder Ihre Kommune. Übrigens: Wir nutzen die Lösungen auch bei uns selbst, weil wir als Unternehmensgruppe bis 2030 klimaneutral werden wollen.



Mehr Energie. Weniger CO₂